FORUM

ARBEITS- UND SOZIALRECHT

Herausgegeben von
Prof. Dr. Richard Giesen, Prof. Dr. Matthias Jacobs,
Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Konzen und
Prof. Dr. Meinhard Heinze †

Band 28

Die Zuständigkeiten der gewerblichen Berufsgenossenschaften

Sonja Boller

Centaurus Verlag & Media UG 2006

Sonja Boller, geb. 1975, studierte Rechtswissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn und promovierte 2005 an der Justus-Liebig-Universität in Gießen. Seit September 2006 ist sie als Richterin am Arbeitsgericht in Bonn tätig.

Die Deutsche Bibliothek – Cip-Einheitsaufnahme

Boller, Sonja:

Die Zuständigkeiten der gewerblichen Berufsgenossenschaften /
Sonja Boller. - Herbolzheim : Centaurus-Verl., 2006

(Forum Arbeits- und Sozialrecht; Bd. 28)

Zugl.: Gießen, Univ., Diss., 2005

ISBN 978-3-8255-0662-9 ISBN 978-3-86226-385-1 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-86226-385-1

ISSN 0936-028X

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© CENTAURUS Verlags-GmbH & Co KG, Herbolzheim 2006

Umschlaggestaltung: Antje Walter, Titisee-Neustadt

Satz: Vorlage des Autors

MEINEM VATER

VORWORT

Die vorliegende Untersuchung begann ich im Frühjahr des Jahres 2003 während meiner Tätigkeit am Institut für Arbeitsrecht und Recht der Sozialen Sicherheit der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Meinhard Heinze. Nach dessen plötzlichen und unerwarteten Tod am 20. Juli 2003 konnte ich Herrn Prof. Dr. Richard Giesen für die Betreuung der Arbeit gewinnen. Ungeachtet seiner hohen beruflichen Belastung erklärte er sich ohne Zögern zur Übernahme der Dissertationsschrift bereit. Ihm gilt mein besonderer Dank.

Die Arbeit wurde im Sommersemester 2005 von der Justus-Liebig-Universität, Fachbereich Rechtswissenschaft in Gießen als Dissertationsschrift angenommen. Rechtsprechung und Literatur sind auf dem Stand von März 2006. Herrn Prof. Dr. Eberhard Jung danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Wertvolle Anregungen habe ich von Herrn Prof. Dr. Oliver Ricken erhalten, der meine Arbeit stets mit großem Interesse begleitet hat. Frau Dr. Marion Schumacher-Mohr und Herrn Ingo Fuchs danke ich für die sorgfältige Durchsicht des Manuskripts.

Die Arbeit ist in Liebe und Dankbarkeit dem Andenken meines Vaters gewidmet.

Bonn, im März 2006

Sonja Boller

INHALTSÜBERSICHT

Einführung	1
1. Kapitel: Grundlegende Zuständigkeitsregelungen	5
§ 2. Vereinbarungen der Unfallversicherungsträger	53
§ 3. Grundregeln für die Zuständigkeit.....	85
2. Kapitel: Besondere Zuständigkeitsfragen	87
§ 4. Zuständigkeit für Hilfs- und Nebenunternehmen.....	89
§ 5. Zuständigkeit bei Unternehmensumstrukturierungen	139
§ 6. Zuständigkeit in Konzernen und Holdinggesellschaften	153
§ 7. Zuständigkeit bei gewerblicher Arbeitnehmerüberlassung.....	159
§ 8. Zuständigkeit für Unternehmen der öffentlichen Hand	215
3. Kapitel: Wesentliche Ergebnisse der Arbeit.....	269
Literatur.....	275

INHALT

Einführung	1
1. Kapitel: Grundlegende Zuständigkeitsregelungen	5
§ 1. Gesetzliche Vorgaben	5
I. Sachliche Zuständigkeit der gewerblichen Berufsgenossenschaften	7
1. Errichtung der Berufsgenossenschaften von 1885 bis 1963	7
2. Zuständigkeitsfestlegungen	12
a. Normative Festlegungen	13
b. Satzungsregelungen	14
c. Festlegungen durch Rechtsprechung und Verwaltungsübung	17
aa. Reichsversicherungsamt	17
bb. Berufsgenossenschaftliche Schiedsstellen	20
cc. „Schiedsstelle für Katasterfragen“	23
d. Das alphabetische Verzeichnis der Gewerbebezüge	27
3. Ergebnis	28
II. Örtliche Zuständigkeit, § 130 SGB VII	32
III. Formelle Zuständigkeitsfeststellung, § 136 SGB VII	33
IV. Überweisungsverfahren	37
1. Anfängliche Unrichtigkeit	39
a. Offensichtliche Unrichtigkeit	39
b. Schwerwiegende Unzuträglichkeiten	41
2. Nachträgliche Änderung	43
3. Überweisungszeitpunkt	46
V. Umschreibungsbescheid, § 136 SGB VII analog	49
VI. Einverständlicher Zuständigkeitswechsel	51
§ 2. Vereinbarungen der Unfallversicherungsträger	53
I. Schriftliche Vereinbarungen/Katasterabkommen	54
1. Inhalt der Katasterabkommen	54
2. Zulässigkeit der Katasterabkommen	56

a. Zulässigkeit des Handelns durch Vertrag (Handlungsform).....	58
b. Zulässigkeit des Vertragsinhalts	59
aa. Zulässigkeit als koordinationsrechtlicher Vergleichsvertrag.....	59
bb. Inhaltliche Zulässigkeit der einzelnen Regelungen	60
(1) Preußisches Oberverwaltungsgericht.....	61
(2) Berufsgenossenschaftliche Schiedsstelle.....	61
(3) Rheinland-Pfälzisches Landessozialgericht Mainz	63
(4) Bundessozialgericht	65
(5) Begründungsansatz Salzwedel	66
(6) Begründungsansatz Ricke.....	66
(7) Allgemein verwaltungsrechtliche Aussagen.....	67
cc. Eigener Standpunkt.....	67
dd. Rechtfolge bei Überschreiten der Grenzen.....	71
c. Bindung der Abkommensbeteiligten	73
d. Beteiligungsgebot zugunsten Dritter.....	74
e. Bindung des Richters.....	79
3. Schriftform	79
II. Katasterbesprechungen.....	80
III. Sonderfall: Vereinbarung nach § 137 Abs. 1 Satz 2 SGB VII	81
§ 3. Grundregeln für die Zuständigkeit.....	85
2. Kapitel: Besondere Zuständigkeitsfragen	87
§ 4. Zuständigkeit für Hilfs- und Nebenunternehmen.....	89
I. Kriterien für die Bestimmung eines Gesamtunternehmens	91
1. Verschiedenartige Bestandteile.....	91
a. Hauptunternehmen	92
b. Hilfsunternehmen	95
c. Nebenunternehmen	97
2. Gewisse organisatorische Selbstständigkeit	98
3. Organisationseinheit	100
a. Betriebstechnischer Zusammenhang.....	100
b. Wirtschaftlicher Zusammenhang	101
c. Personeller Zusammenhang.....	102
aa. Unternehmeridentität	103
bb. Meinung Bieback.....	104
cc. Meinung Platz.....	105

dd. Faktische Unternehmeridentität	105
(1) Entscheidung der berufsgenossenschaftlichen Schiedsstelle	105
(2) Votum der Schiedsstelle für Katasterfragen	106
ee. Stellungnahme	107
ff. Eigener Lösungsansatz	114
(1) Voraussetzungen des gemeinsamen Betriebes	117
(2) Vermutungswirkung des § 1 Abs. 2 Nr. 1 BetrVG	119
(3) Vermutungswirkung des § 1 Abs. 2 Nr. 2 BetrVG	121
(4) Zusammenfassung	123
gg. Schlussfolgerungen	123
(1) Einheitliche Prävention	124
(2) Anwendungsbereich der §§ 16 Abs. 1, 17 Abs. 2 SGB VII	127
II. Zuständigkeitsbestimmung nach der Angehörigkeit des Hauptunternehmens	134
III. Anwendungsfall: Zuständigkeit bei Filialen und Zweigniederlassungen	135
§ 5. Zuständigkeit bei Unternehmensumstrukturierungen	139
I. Unternehmensfortführung ohne Änderung der Betriebsverhältnisse ...	143
II. Unternehmensübergang	144
1. Strukturänderung	145
2. Veränderungen durch Umstellungen im Gesamtunternehmen	147
3. Verlegung des Unternehmenssitzes	150
III. Vollständige Änderung der wirtschaftlichen Zweckrichtung	151
IV. Ergebnis	151
§ 6. Zuständigkeit in Konzernen und Holdinggesellschaften	153
I. Konzerne	153
II. Holdinggesellschaft	156
§ 7. Zuständigkeit bei gewerblicher Arbeitnehmerüberlassung	159
I. Grundfragen	161
II. Zuständigkeit bei legaler Arbeitnehmerüberlassung	163
1. Reine Zeitarbeitsunternehmen	166

a. Multistrukturale Zeitarbeitsunternehmen	167
aa. Meinungsstand.....	167
bb. Eigener Standpunkt.....	170
(1) Auffangzuständigkeit.....	170
(2) Beurteilung anhand der Rechtsprechungsgrundsätze.....	175
cc. Schlussfolgerungen.....	182
(1) Anfängliche Unrichtigkeit.....	182
(2) Nachträgliche Änderung	185
b. Monostrukturelle Unternehmen der Arbeitnehmerüberlassung	186
aa. Meinungsstand.....	186
bb. Eigener Standpunkt.....	187
cc. Schlussfolgerungen.....	194
(1) Anfängliche Unrichtigkeit.....	195
(2) Nachträgliche Änderung	197
(3) Überweisung wegen Änderung der rechtlichen Verhältnisse ...	199
2. Mischunternehmen.....	202
III. Zuständigkeit bei illegaler Arbeitnehmerüberlassung.....	203
1. Zuständigkeit der Berufsgenossenschaft des Verleihers	205
2. Zuständigkeit der Berufsgenossenschaft des Entleihers	205
3. Eigener Standpunkt.....	206
a. Beurteilung nach der Lehre vom fehlerhaften Arbeitsverhältnis	207
b. Beurteilung nach Bereicherungsrecht.....	211
4. Ergebnis.....	213
§ 8. Zuständigkeit für Unternehmen der öffentlichen Hand	215
I. Zuständigkeit für selbstständige Unternehmen der öffentlichen Hand auf Bundesebene	219
1. Regel-Ausnahme-Verhältnis	222
2. Voraussetzungen.....	224
a. Unternehmen in selbstständiger Rechtsform.....	224
b. Zuständigkeit einer Berufsgenossenschaft	225
c. Überwiegende Beteiligung oder ausschlaggebender Einfluss	225
aa. Überwiegende Kapitalbeteiligung	226
bb. Ausschlaggebender Einfluss	228
cc. Verhältnis der beiden Voraussetzungen.....	229
(1) Meinungsstand.....	230
(2) Eigener Standpunkt.....	231
dd. Qualität der Beteiligungsverhältnisse	237

(1) Meinungsstand.....	237
(2) Eigener Standpunkt.....	238
3. Rechtsfolge.....	240
a. Rechtsnatur der Übernahmeerklärung	241
b. Ermessensgebrauch	243
c. Keine erwerbswirtschaftlich betriebenen Unternehmen.....	246
aa. Meinungsstand.....	247
bb. Eigener Standpunkt.....	249
4. Übernahmezeitpunkt und Widerruf.....	256
II. Zuständigkeit für selbstständige Unternehmen der öffentlichen Hand auf Landes- und Kommunalebene.....	258
1. Voraussetzungen.....	259
a. Überwiegende Beteiligung und ausschlaggebender Einfluss	260
b. Verhältnis der beiden Voraussetzungen	262
2. Rechtsfolge.....	263
3. Zuständigkeit bei Mischbeteiligung, § 129a SGB VII	265
4. Kommunale Ausnahmeunternehmen, § 129 Abs. 4 SGB VII	265
3. Kapitel: Wesentliche Ergebnisse der Arbeit.....	269
Literatur.....	275